

Verwaltungsbericht der Direktion der Gemeinden des Kantons Bern für das Jahr 1992 = Rapport de gestion de la Direction des affaires communales du canton de Berne pour l'année 1992

Autor(en): **Annoni, M. / Siegenthaler, P.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport
sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1992)**

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-418177>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Verwaltungsbericht der Direktion der Gemeinden des Kantons Bern für das Jahr 1992

Direktor: Regierungsrat M. Annoni
Stellvertreter: Regierungsrat P. Siegenthaler

Rapport de gestion de la Direction des affaires communales du canton de Berne pour l'année 1992

Directeur: le conseiller d'Etat M. Annoni
Suppléant: le conseiller d'Etat P. Siegenthaler

1. Erster Teil:

1.1 Grundsätzliche Bemerkungen

In den Richtlinien der Regierungspolitik 1990 bis 1994 werden unter dem Titel «Gemeinden» die folgenden Ziele formuliert:

- die Gemeindeautonomie lebendig halten und die Gemeinden in der Erfüllung ihrer Aufgaben stärken;
- die Dienstleistungen des Kantons für die Gemeinden überprüfen;
- das öffentliche Rechnungswesen harmonisieren und die Finanzaufsicht verbessern;
- die Behördemitglieder über ihre Rechte und Pflichten informieren;
- die freiwillige Zusammenarbeit unter den Gemeinden fördern und die entsprechenden Instrumente schaffen.

Nicht zuletzt als Folge der finanzpolitischen Situation auf Bundes- und Kantonebene werden die Gemeinden laufend mit neuen Aufgaben und mit zunehmenden Problemen konfrontiert (siehe auch Ziff. 2.2.1.4). Immer mehr Aufgaben müssen zum Vollzug und zur Finanzierung auf die Gemeinden übertragen werden. Es muss festgestellt werden, dass diese Entwicklung nicht primär der Stärkung der Gemeindeautonomie dient, sondern in jüngster Zeit viel mehr der Entlastung der Finanzhaushalte von Bund und Kanton. Diese Tatsache führt zu einem angespannten Verhältnis zwischen den Gemeinden und Kanton. Die Gemeindedirektion hatte demzufolge im Berichtsjahr vermehrt auch eine Ombudsfunktion wahrzunehmen.

Ausserordentlich stark angestiegen ist das Bedürfnis nach Information, Anleitung und Beratung der Gemeinden. Insbesondere die politische Führung der Gemeinden ist zunehmend auf fundierte und kompetente Beratung durch den Kanton angewiesen. Die Beratung und Auskunftserteilung müssen jedoch vermehrt «massgeschneidert» erfolgen, das heisst, sie müssen sich den Bedürfnissen und dem Wissensstand der Ratsuchenden anpassen.

Unter Berücksichtigung der geschilderten Situation werden die Dienstleistungen des Kantons für die Gemeinden im Rahmen der neuen Aufbauorganisation überprüft.

Bezüglich Harmonisierung des Rechnungswesens und Verbesserung der Finanzaufsicht wird auf Ziff. 2.2.1.5.1 hienach verwiesen.

Die Arbeitsgruppe Zusammenarbeit in den Agglomerationen unter der Leitung von Prof. Wolf Linder hat ihren Bericht Ende Jahr abgeliefert. Sie hatte den Auftrag, die überkommunale Zusammenarbeit im Sinne der Vorstösse Muster (M 073/88, 075/88) zu prüfen.

Im Zusammenhang mit der Europäischen Integration befasste sich die Gemeindedirektion im Berichtsjahr vor allem mit den Auswirkungen des EWR-Abkommens auf die Gemeinden. Die Gemeinden wurden diesbezüglich mit dem Informationsbulletin der Koordinationsstelle des Kantons informiert.

1. Première partie:

1.1 Remarques fondamentales

Le programme de législature 1990-1994 formule, sous le titre «communes», les objectifs suivants:

- préserver la tradition de l'autonomie communale et aider les communes à exécuter leurs tâches;
- réexaminer les services fournis par le canton aux communes;
- harmoniser la comptabilité publique des communes et renforcer la surveillance financière;
- informer les membres d'autorités de leurs droits et obligations;
- favoriser la coopération intercommunale librement consentie et créer les moyens nécessaires.

La précarité de la situation financière de la Confédération et du canton est l'une des causes principales de l'augmentation des tâches dont l'exécution et le financement sont confiés aux communes et des problèmes auxquels ces dernières sont confrontées (cf. également chiffre 2.2.1.4). Il est à relever que ce transfert de compétences ne vise pas en premier lieu à renforcer l'autonomie communale, mais, depuis peu, à décharger les budgets de la Confédération et du canton. Cette évolution tend à dégrader les rapports qu'entretiennent les communes avec le canton, de sorte que la Direction des affaires communales a été de plus en plus souvent appelée à jouer un rôle de médiatrice au cours de l'exercice.

Les besoins des communes en informations, instructions et conseils se sont accrus dans des proportions considérables. Les personnes chargées de la conduite politique des communes notamment pourraient de moins en moins se passer des conseils donnés par les spécialistes de l'administration cantonale. Il importe à cet égard que les renseignements et informations soient «taillés sur mesure», c'est-à-dire adaptés aux besoins et aux connaissances de leurs destinataires.

La question des services que le canton met à la disposition des communes est réexaminée, dans le cadre de la réorganisation en cours, en tenant compte de la situation décrite plus haut.

L'harmonisation de la comptabilité et l'amélioration de la surveillance financière font l'objet de développements sous chiffre 2.2.1.5.1 infra.

Le groupe de travail chargé de rechercher, sous la direction du professeur Linder, de nouvelles formes de coopération intercommunale conformément aux interventions Muster (M 073/88, 075/88) a rendu son rapport à la fin de l'année.

Dans le domaine de l'intégration européenne, la Direction des affaires communales s'est avant tout consacrée, au cours de l'exercice, à l'examen des répercussions qu'aurait l'Accord EEE sur les communes. Ces dernières ont reçu des informations en la matière par le biais du bulletin du service cantonal de coordination.

Am 17. September 1992 hat der Grosse Rat das Dekret über die Organisation der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion verabschiedet. Danach werden die heute von der Gemeindedirektion wahrgenommenen Aufgaben weitgehend dem neuzuschaffenden Amt für Gemeinden und Raumordnung übertragen. Die Instruktion von Beschwerden wird das neue Rechtsamt übernehmen.

Unter die Bestimmungen des Gemeindegesetzes (GG) und somit unter die staatliche Oberaufsicht fallen die nachfolgenden Körperschaften:

	1991	1992
Politische Gemeinden (Einwohnergemeinden 362, gemischte Gemeinden 50)	412	412
Unterabteilungen von Einwohner- und gemischten Gemeinden	42	41
Kirchgemeinden (inbegriffen 5 Gesamtkirchgemeinden)	274	274
Bürgergemeinden	200	200
Bürgerliche Körperschaften nach Artikel 117 GG	92	91
Rechtsamegemeinden nach Artikel 1 Absatz 2 GG	37	-
Gemeindeverbände nach Artikel 138 GG	356	362
Schwellenkorporationen	141	141
Zusammen	1554	1521

Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden unterstehen die Rechtsamegemeinden nicht mehr den Bestimmungen des Gemeindegesetzes.

Mit Dekret vom 18. März 1992 wurden die Viertelsgemeinden Allmendingen, Rubigen und Trimstein zu selbständigen Einwohnergemeinden. Der Zeitpunkt der Verselbständigung wurde durch Regierungsratsbeschluss auf den 1. Januar 1993 festgelegt.

1.2 Amtsanzeiger

Das Anzeigerwesen wird in der Verordnung vom 6. Dezember 1978 über die Amtsblätter und Amtsanzeiger (BSG 103.21) geregelt. Am 7. September 1992 hat der Grosse Rat das neue Publikationsgesetz, in welchem die Grundsätze des Anzeigerwesens künftig auf Gesetzesstufe geregelt werden sollen, in erster Lesung verabschiedet. Als Aufsichtsstelle hat die Gemeindedirektion unter anderem die Satzungen der einzelnen Anzeiger zu genehmigen. Im Berichtsjahr hatte sie sich zudem wiederum mit verschiedenen Fragen im Zusammenhang über Form und Inhalt politischer Werbung zu befassen. Es gilt diesbezüglich immer wieder zu betonen, dass politische Inserate nicht in den amtlichen Teil der Anzeiger aufgenommen werden dürfen und, dass Flugblätter, Broschüren und dergleichen mit politischem Inhalt nicht als gesteckte Beilage von Amtsanzeigern verteilt werden dürfen.

1.3 Zusammenarbeit mit Regierungsstatthaltern und Verbänden

Um den Bedürfnissen nach «massgeschneiderten» Lösungen nachleben zu können, ist in allen Bereichen der Kontakt mit den Praktikern an der «Basis» unerlässlich. Fragen grundsätzlicher Art werden wenn immer möglich mit Vertretern und Experten der Regierungsstatthalter und der verschiedenen Verbänden besprochen. In diesem Sinne war die Zusammenarbeit insbesondere mit den Regierungsstatthaltern, dem Verband bernischer Gemeinden, dem Verband der Gemeinden des Berner Juras, dem Verband bernischer Bürgergemeinden, dem Verband bernischer Gemeindeschreiber, dem Verband der Gemeindeschreiber des Berner Juras und dem Verband der Gemeindekassiere und Finanzverwalter sowie dem Anzeigerverband des Kantons Bern angenehm. Eine Zusammenarbeit erfolgt ebenso bei Weiterbildungskursen für Staats- und Gemeindepersonal sowie bei der Bestellung von Gutachten über Arbeitsverhältnisse in Gemeindeverwaltungen.

Le 17 septembre 1992, le Grand Conseil a adopté le décret concernant l'organisation de la Direction de la justice, des affaires communales et des affaires ecclésiastiques qui prévoit notamment de confier la plupart des tâches assumées jusqu'ici par la Direction des affaires communales au futur Office des affaires communales et de l'organisation du territoire. Quant à l'instruction des recours, elle incombera désormais à l'Office juridique.

Les collectivités suivantes sont soumises à la loi sur les communes (LCo) et, de ce fait, placées sous la haute surveillance de l'Etat:

	1991	1992
Communes politiques (municipales 362; mixtes 50)	412	412
Sections de communes municipales et mixtes	42	41
Paroisses (y compris les 5 paroisses générales)	274	274
Communes bourgeoises	200	200
Corporations bourgeoises au sens de l'article 117 LCo	92	91
Communautés d'usagers au sens de l'article 1 ^{er} , 2 ^e alinéa LCo	37	-
Syndicats de communes au sens de l'article 138 LCo	356	362
Corporations de digues	141	141
Totaux	1554	1521

Depuis l'entrée en vigueur de la loi sur les finances des communes, les communautés d'usagers ne sont plus régies par la loi sur les communes.

Le décret du 18 mars 1992 transforme les sections de commune d'Allmendingen, Rubigen et Trimstein en communes municipales à part entière. Le Conseil-exécutif a fixé l'entrée en vigueur de cette modification au 1^{er} janvier 1993.

1.2 Feuilles officielles d'avis des districts

A l'heure actuelle, les prescriptions relatives aux Feuilles officielles d'avis sont contenues dans l'ordonnance du 6 décembre 1978 concernant les Feuilles officielles cantonales et les Feuilles officielles d'avis des districts (RSB 103.21); le 7 septembre 1992, le Grand Conseil a toutefois adopté en première lecture une nouvelle loi sur les publications officielles qui contient les dispositions fondamentales en la matière. En sa qualité d'autorité de surveillance, la Direction des affaires communales est notamment compétente pour approuver les statuts des Feuilles officielles d'avis. Au cours de l'exercice, elle a une nouvelle fois dû examiner plusieurs questions ayant trait au contenu et à la forme de textes de nature politique, et rappeler que les annonces de ce type ne doivent pas figurer dans la partie officielle des Feuilles d'avis, de même que les tracts, brochures et autres supports de propagande politique ne peuvent être annexés à de telles publications.

1.3 Collaboration avec les préfets et les associations

La recherche de solutions «taillées sur mesure» implique dans tous les domaines un contact avec les personnes travaillant «sur le terrain». Dans la mesure du possible, les questions de nature fondamentale sont discutées avec des représentants des préfets et des experts provenant des associations concernées. Il y a lieu de relever à cet égard le caractère fructueux de la collaboration avec les préfets, l'Association des communes bernoises, la Fédération des communes du Jura bernois, la Fédération des communes bourgeoises du canton de Berne, l'Association des secrétaires communaux bernois et l'Association des secrétaires communaux du Jura bernois, l'Association des caissiers et administrateurs des finances communales du canton de Berne et l'Association des feuilles officielles d'avis des districts du canton de Berne, collaboration qui porte également sur les cours de perfectionnement organisés à l'intention des fonctionnaires de l'Etat et des communes et la délivrance de mandats d'expertise sur les conditions de travail dans les administrations communales.

2. **Zweiter Teil**2.1 **Direktionssekretariat**2.1.1 *Einführung*

Für das Direktionssekretariat war das Jahr gekennzeichnet durch einen grossen personellen Wechsel und durch Vakanzen. Auf Mitte Jahr ist die langjährige 1. Direktionssekretärin, Fürsprecherin Elisabeth Zölch, aus dem Staatsdienst ausgetreten. Mit der Wiederbesetzung dieser Stabsstelle wurde zugewartet, bis mit der Verabschiedung des neuen Dekretes über die Organisation der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion am 17. September 1992 die Zukunft der Direktion feststand. Am 1. Dezember 1992 trat der neue 1. Direktionssekretär, Fürsprecher Peter Geissler, die Nachfolge an. Er wurde gleichzeitig zum künftigen Vorsteher des Amtes für Gemeinden und Raumordnung gewählt.

Die Realisierung des Informatikprojektes «GONG» wurde mit Regierungsratsbeschluss vom 23. September 1992 (Informatikplan 1993–1996) ins Jahr 1996 verschoben. Dagegen konnten einige Personalcomputer angeschafft werden, koordiniert mit dem Grossprojekt JUBETI/LORIOT.

Die Gemeindedirektion versuchte auch im Berichtsjahr, trotz den personell bedingten Engpässen, die Dienstleistungen im bisherigen Rahmen für alle öffentlich-rechtlichen Körperschaften anzubieten und für Auskünfte an Regierungsstatthalter, Gemeindebehörden und Gemeindebeamten und Bürger zur Verfügung zu stehen. Auch hat sie sich – wie in den vergangenen Jahren – mit Fragen der Weiterbildung beschäftigt und Kurse durchgeführt.

2.1.2 *Stellenbewertungen für Gemeindeschreibereien*

Das Direktionssekretariat wirkt mit bei Stellenbewertungen von Gemeindeschreibereien. Diese Mitwirkung entspricht einem grossen Bedürfnis der Gemeinden. Dem Vertreter der Gemeindedirektion steht dabei die Aufgabe zu, eine Ausgewogenheit und Neutralität der Gutachten zu gewährleisten. In diesem Sinne wurde bei rund 30 Stellenbewertungen für Gemeindeschreibereien mitgewirkt.

2.1.3 *Personelles*

Wie erwähnt, sah sich die Gemeindedirektion im Berichtsjahr mit einer ausserordentlich hohen Fluktuationsrate konfrontiert. Durch die vielen Austritte entstand eine kritische Situation in der Geschäftserledigung. Insbesondere beim Direktionssekretariat sowie bei der Rechtsabteilung sind die Arbeitsrückstände massiv angestiegen. Es sind folgende Mutationen im Personalbereich zu verzeichnen:

- 31. Juli 1992 Austritt Fürsprecherin E. Zölch/1. Dezember 1992 Eintritt Fürsprecher P. Geissler
- 31. Juli 1992 Austritt I. Bigler, Verwaltungsbeamtin/1. September 1992 Eintritt I. Grützner, Verwaltungsbeamtin
- 31. August 1992 Austritt Fürsprecherin R. Scherrer/1. September 1992 Eintritt Fürsprecherin B. Tobler
- 30. November 1992 Austritt Fürsprecher M. Siegenthaler/(Stelle vakant)
- 30. November 1992 Austritt H.R. Ryser, Kanzleichef/1. Dezember 1992 Eintritt F. Schläppi, Verwaltungsbeamtin

Personalbestand 31. Dezember 1992: 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

2. **Deuxième partie:
Rapports des sections de la Direction**2.1 **Secrétariat de la Direction**2.1.1 *Introduction*

Au Secrétariat de la Direction, l'exercice 1992 s'est caractérisé par les grands changements intervenus au niveau du personnel et par l'impossibilité de repourvoir immédiatement tous les postes. C'est ainsi que M^e Elisabeth Zölch, avocate, a quitté le service de l'Etat à la mi-1992, après avoir occupé pendant de nombreuses années la fonction de 1^{er} secrétaire. Ce poste-clé est resté vacant aussi longtemps que l'avenir de la Direction était incertain, et n'a été repourvu qu'au 1^{er} décembre 1992 suite à l'adoption, le 17 septembre 1992, du nouveau décret concernant l'organisation de la Direction de la justice, des affaires communales et des affaires ecclésiastiques. Le successeur de M^e Zölch est M^e Peter Geissler, qui a également été nommé responsable du futur Office des affaires communales et de l'organisation du territoire.

La réalisation du projet informatique «GONG» a été repoussée à l'exercice 1996 par un arrêté du Conseil-exécutif daté du 23 septembre 1992 (plan informatique 1993–1996). En revanche, l'acquisition de quelques ordinateurs personnels a été possible, en coordination avec le projet de grande envergure JUBETI/LORIOT.

Malgré l'effectif réduit de son personnel, la Direction des affaires communales s'est efforcée de garantir à toutes les collectivités de droit public les mêmes prestations que par le passé et de rester à la disposition des préfets, des autorités communales, des fonctionnaires communaux et des citoyens pour les renseigner. Elle a en outre continué à promouvoir le perfectionnement et à organiser des cours.

2.1.2 *Evaluation des postes de travail
au sein des secrétariats communaux*

Le Secrétariat de la Direction apporte son concours à l'évaluation des postes de travail au sein des secrétariats communaux. Cette prestation offerte par la Direction des affaires communales – dans une trentaine de cas déjà – revêt une grande importance pour les communes puisque le représentant de la Direction garantit la pondération et l'objectivité de l'expertise.

2.1.3 *Personnel*

Comme il a déjà été dit plus haut, d'importants changements sont intervenus au niveau du personnel de la Direction des affaires communales en 1992, ce qui a fortement ralenti le traitement des affaires et aggravé les retards, en particulier à la Chancellerie et au Service juridique. Les changements suivants ont été enregistrés:

- 31 juillet 1992: départ de M^e E. Zölch, avocate/1^{er} décembre 1992: entrée en fonction de M^e Peter Geissler, avocat;
- 31 juillet 1992: départ de M^{me} I. Bigler, fonctionnaire d'administration/1^{er} septembre 1992: entrée en fonction de M^{me} I. Grützner, fonctionnaire d'administration;
- 31 août 1992: départ de M^e R. Scherrer, avocate/1^{er} septembre 1992: entrée en fonction de M^e B. Tobler, avocate;
- 30 novembre 1992: départ de M^e M. Siegenthaler (poste vacant);
- 30 novembre 1992: départ de M. H.-R. Ryser, chef de la Chancellerie/1^{er} décembre 1992: entrée en fonction de M^{me} F. Schläppi, fonctionnaire d'administration.

Effectif du personnel au 31 décembre 1992: 16 collaborateurs et collaboratrices.

2.1.4 *Gemeindepартnerschaften Kanton Bern-CSFR*

Im Rahmen des Projektes Partnerschaften zwischen Gemeinden des Kantons Bern und Gemeinden der Region Südböhmen der tschechischen Republik wurden Ende Oktober 1991 erstmals 32 Gemeinden der Region Südböhmen bernischen Partnergemeinden zugeordnet. In der Zwischenzeit konnten unter den Partnergemeinden bereits viele Eindrücke, Erfahrungen und Denkanstösse gesammelt und ausgetauscht werden.

Die Reaktionen sind sowohl auf tschechischer wie auf bernischer Seite ausnahmslos positiv ausgefallen. Entsprechende Umfragen haben ergeben, dass die Begeisterung sehr gross ist und, dass ein Bedürfnis besteht, die Kontakte zu vertiefen.

Aufgrund des äusserst positiven Ergebnisses der ersten Aktion wurde im Berichtsjahr eine zweite Runde durchgeführt. Am 8. September 1992 fand die Zuordnung von weiteren 41 Partnergemeinden statt. Die Delegationen dieser neuen tschechischen Partnergemeinden, begleitet von Abgeordneten des tschechischen Parlamentes, Bezirkschefs und Spezialisten hatten Gelegenheit, Mitte November 1992 während einer Woche Bekanntschaft mit den bernischen Gemeinden zu schliessen. Insgesamt bestehen zurzeit 73 Partnerschaften zwischen bernischen und tschechischen Gemeinden.

Im Interesse des Projektes ist es äusserst wichtig, dass die Kontakte auch auf kantonaler Ebene weiter gepflegt werden. Der für den operationellen Teil des Projektes verantwortlichen Gemeindedirektion fallen vor allem Koordinationsaufgaben und die Herstellung von Verbindungen zu Spezialisten zu.

2.1.5 *Rechtsdienst*

In der zweiten Jahreshälfte verzeichnete die Rechtsabteilung einen dauernden personellen Unterbestand, was sich merklich auf die Bearbeitungszeiten auswirkte.

Die Musterreglemente wurden an die Neuregelung der Ausstandspflichten angepasst. Weiter wurde ein Muster-Dienst- und Besoldungsreglement in französischer Sprache erarbeitet. Weiter verfasste die Rechtsabteilung zwei Merkblätter betreffend die Ausstandspflichten.

Es wurden über 3500 mündliche und knapp 128 schriftliche Rechtsauskünfte an Organe gemeinderechtlicher Körperschaften und Gemeindebürger erteilt. Ferner gingen bei der Gemeindedirektion während des Berichtsjahres 22 (Vorjahr: 20) Gemeinde- und Aufsichtsbeschwerden ein. Vorgeprüft wurden 246 (Vorjahr: 276), genehmigt 272 (Vorjahr: 246) Organisations- und Verwaltungs-, Wahl-, Dienst- und Besoldungs-, Gemeinwerk-, Gebühren- und Nutzungsreglemente. Weiter wurden 41 Mitberichte zu Reglementen anderer Direktionen erarbeitet.

Beurteilt wurden 17 Gesuche um Erteilung von Ausnahmegewilligungen vom Verwandtenuausschluss (Artikel 13 Gemeindegesetz) und 1 Änderung von Ausscheidungsverträgen.

2.2 **Inspektorat**2.2.1 *Grundaufgaben*

2.2.1.1 Genehmigung von Finanzbeschlüssen

Mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden (GFHG) und der dazugehörenden Verordnung (VFHG) auf den 1. Januar 1992 wurde die Genehmigungspflicht von Finanzbeschlüssen aufgehoben.

2.1.4 *Jumelage entre des communes bernoises et des communes de la Bohême méridionale*

La réalisation du projet de jumelage entre des communes du canton de Berne et des communes de Bohême méridionale, en République tchèque, suit son cours: depuis que les 32 premières communes tchèques se sont vu attribuer chacune une partenaire bernoise, fin octobre 1991, de nombreuses impressions, expériences et réflexions ont pu être accumulées et échangées.

Les réactions enregistrées tant du côté tchèque que du côté bernois sont toutes positives, et les enquêtes réalisées ont révélé un immense enthousiasme ainsi qu'un besoin d'approfondir les contacts.

Les excellents résultats de la première étape ont incité les responsables du projet à poursuivre leurs démarches, et c'est ainsi que le 8 septembre 1992, 41 nouveaux jumelages ont été décidés. Mi-novembre, les délégations des communes tchèques concernées, accompagnées de députés du parlement tchèque, de chefs d'arrondissements et d'experts ont eu l'occasion, une semaine durant, de faire la connaissance de leurs partenaires bernoises.

Au total, 73 communes bernoises sont donc jumelées avec une commune de Bohême méridionale, et il est très important pour le bon déroulement du projet que les contacts soient maintenus au niveau cantonal également. Les tâches incombant à la Direction des affaires communales, qui est responsable de la partie opérationnelle, relèvent avant tout de la coordination; c'est elle notamment qui sert d'intermédiaire avec les spécialistes.

2.1.5 *Service juridique*

La sous-dotation du service juridique en personnel au cours du deuxième semestre de l'exercice a considérablement ralenti le traitement des affaires.

Les règlements-type ont été adaptés aux nouvelles dispositions relatives à l'obligation de se récuser, et le service juridique a rédigé deux mémentos à ce sujet. En outre, un règlement-type sur les rapports de service et les traitements a été élaboré en français.

Plus de 3500 renseignements oraux de nature juridique et 128 avis de droit écrits ont été donnés à des organes de collectivités de droit communal et à des citoyens. En outre, la Direction a enregistré au cours de l'exercice 22 plaintes en matière communale et dénonciations à l'autorité de surveillance (exercice précédent: 20). 246 (276) règlements ont été soumis à examen préalable et, au total 272 (246) ont été approuvés (règlements en matière d'organisation, d'administration, d'élections, de service et de traitements, de corvées, de taxes et d'émoluments, ainsi que de jouissance de biens). Le Service juridique a également fourni 41 corapports concernant des règlements communaux dont l'approbation relève de la compétence d'une autre Direction.

Il a encore été statué sur 17 demandes de dérogation à l'incompatibilité en raison de la parenté (article 13 de la loi sur les communes) et une modification d'acte de classification.

2.2 **Inspection**2.2.1 *Tâches fondamentales*

2.2.1.1 Approbation de décisions en matière financière

L'entrée en vigueur, au 1^{er} janvier 1992, de la nouvelle loi sur les finances des communes (LFCo) ainsi que l'ordonnance sur la gestion financière des communes (OGFCo) a supprimé la procédure d'approbation des décisions en matière financière.

Die neue Gesetzgebung sieht andere Instrumente vor, welche eine übermässige Verschuldung einer Gemeinde verhindern soll. Dazu gehören u. a. eine konsequente Abschreibungspolitik (Selbstfinanzierung) sowie die Pflicht, über Folgekosten, Finanzierung und Tragbarkeit bei Finanzbeschlüssen ausführlich zu informieren. Auch eine verstärkte Rechnungspassation durch den Regierungstatthalter soll dazu beitragen, die Gemeindefinanzen im Gleichgewicht zu halten.

2.2.1.2 Anleitung von Regierungstatthalterämtern und Gemeindebehörden

Durch die gute Zusammenarbeit mit den Regierungstatthaltern und den Gemeindebehörden konnte das Inspektorat in verschiedenen Amtsbezirken bei der Rechnungspassation oder bei Kassenübergaben mitwirken und das zuständige Personal entsprechend instruieren. Diese Zusammenarbeit hat sich bewährt und sollte weitergeführt werden. Die hauptsächlichsten Passationsbemerkungen beschränken sich auf formelle Mängel in der Jahresrechnung.

Zeitintensiv war im Berichtsjahr die Erarbeitung der Grundlagen zum Beschluss des Voranschlages 1992 der Einwohnergemeinde Worb. Nachdem die Stimmberechtigten den Voranschlag an drei Urnenabstimmungen abgelehnt hatten, musste der Regierungsrat den Voranschlag und die Steueranlage festlegen.

Folgende Unterlagen wurden im Berichtsjahr für die gemeinderechtlichen Körperschaften neu erlassen bzw. überarbeitet:

- Leitfaden zum Finanzhaushalt
- Konsolidierungsrichtlinien
- NRM-Wegleitung

2.2.1.3 Fachkurse

Die Nachfrage nach Aus- und Weiterbildung ist bei Behörden und Beamten gross. Nebst der Vermittlung von Fachwissen bieten Fachkurse oft Gelegenheit, verschiedene Probleme und Schwachstellen der teilnehmenden Körperschaften zu diskutieren und zu bereinigen. Erstmals wurde für die Einführung des neuen Rechnungsmodells NRM und für die Ausbildung der Rechnungsrevisoren eine Kurspauschale von Fr. 50.- pro Kursteilnehmer und halber Kurstag erhoben. Die Nettoeinnahmen belaufen sich auf rund 40 000 Franken. 1992 wurden folgende Kurse angeboten:

- Ausbildung von neuen Rechnungsrevisoren an 10 halbtägigen Kursen (d+f).
- Information über das neue Finanzhaushaltsrecht (GFHG und VFHG) für Behördemitglieder und Beamte (in Zusammenarbeit mit dem Verband der Gemeindekassiere und Finanzverwalter des Kantons Bern).
- Einführung des neuen Rechnungsmodells NRM:
 - An 4 mehrtägigen Instruktionkursen wurden 92 Finanzverwalter ausgebildet, welche das NRM 1993 einführen werden (d+f).
 - An 2 halbtägigen Info-Veranstaltungen wurden die Behördemitglieder, Gemeindeschreiber und Revisoren jener Körperschaften über das NRM informiert, welche 1992 ihre Rechnung umgestellt haben.
 - Durchführung von 1 Info-Veranstaltung bei einem Kreisforstamt.
 - An 1 Tageskurs wurden 25 Finanzverwalter und Finanzverwalterinnen mit dem NRM und den Grundsätzen der Finanzhaushaltsführung vertraut gemacht (Amtswechsel bei NRM-Gemeinden).
 - An 3 halbtägigen Instruktionkursen (d+f) wurden die Verwalter von allen gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen über die Anwendung des NRM ausgebildet (in Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsbildung).
 - 1 Tageskurs für Schwellenkorporationen über Finanzhaushaltsrecht und das NRM (in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Tiefbauamt).

La nouvelle législation prévoit d'autres instruments permettant aux communes d'éviter de s'endetter excessivement, tels qu'une politique conséquente en matière de dépréciation du patrimoine administratif (autofinancement) et l'obligation de fournir des informations au sujet des conséquences financières des décisions, du financement des crédits ainsi que de la capacité de la collectivité à assumer ces derniers. Le renforcement de la procédure d'apurement des comptes annuels par le préfet doit lui aussi contribuer à la conduite d'une politique financière visant l'équilibre à moyen terme des finances des communes.

2.2.1.2 Renseignements donnés aux préfetures et aux autorités communales

La bonne collaboration instaurée avec les préfets et les autorités communales a permis à l'Inspection d'apporter son concours à l'apurement des comptes et à des remises de pouvoirs dans divers districts, ainsi que d'instruire le personnel compétent. Cette collaboration a fait ses preuves et doit être poursuivie. La plupart des insuffisances constatées dans la procédure d'apurement des comptes annuels au cours de l'exercice sont de nature formelle uniquement. Les travaux préalables à l'adoption du budget 1992 de la commune municipale de Worb ont pris un temps considérable à l'Inspection: suite aux trois refus consécutifs des électeurs appelés aux urnes, il est en effet incombé au Conseil-exécutif d'arrêter le budget et la quotité de l'impôt.

Les documents suivants ont été élaborés ou mis à jour à l'intention des collectivités de droit communal au cours de l'exercice:

- Fil conducteur de la gestion financière des communes
- Directives concernant les consolidations comptables
- Guide NMC

2.2.1.3 Cours spécialisés

La demande de cours spécialisés de la part des membres d'autorités et des fonctionnaires communaux est importante. De tels cours permettent non seulement aux participants d'approfondir leurs connaissances, mais souvent aussi de discuter des différents problèmes rencontrés par les collectivités qu'ils représentent et d'y apporter des solutions. Pour la première fois, un forfait de 50 francs par demi-journée a été perçu de chaque participant aux cours sur l'introduction du nouveau modèle de compte (NMC) et aux cours de formation des vérificateurs de comptes. Les recettes nettes ainsi obtenues se montent à quelque 40 000 francs. En 1992, les cours suivants ont été proposés:

- dix cours d'instruction (all. et fr.) d'une demi-journée destinés aux nouveaux membres des commissions de vérification des comptes;
- séances d'information sur le nouveau droit applicable à la gestion financière des communes (LFCo et OGFCo) destinées aux membres d'autorités et aux fonctionnaires (en collaboration avec l'Association des caissiers et administrateurs des finances communales);
- introduction du nouveau modèle de compte NMC:
 - 92 administrateurs communaux des finances ont suivi l'un des quatre cours (all. et fr.) se déroulant sur plusieurs jours qui les a préparés à l'introduction, en 1993, du nouveau modèle de compte;
 - deux séances d'information d'une demi-journée ont permis de donner des instructions concernant le NMC aux membres d'autorités, aux secrétaires et aux vérificateurs de comptes des collectivités ayant introduit le nouveau modèle de compte en 1992;
 - une séance d'information a été organisée dans un Office forestier d'arrondissement;
 - 25 administrateurs communaux des finances nouvellement entrés en fonction dans des communes ayant introduit le NMC ont pu se familiariser avec ce dernier et les principes de la gestion financière lors d'un cours d'une journée;

- Für ungarische und tschechische Delegationen wurden Informationskurse über die Rechnungs- und Haushaltsführung durchgeführt.
 - Information für Bürgergemeinden und burgerliche Korporationen über das neue Finanzhaushaltsrecht und das NRM (in Zusammenarbeit mit dem Verband Bernischer Bürgergemeinden und der Deposito-Cassa Bern).
 - Die durch die kantonale Planungsgruppe angebotenen Finanzplankurse wurden wiederum an 19 Halbtagen vom Inspektorat begleitet.
 - Mitarbeiter des Inspektorates standen bei der Weiterbildung von Gemeindebeamten (Grundkurs und Spezialkurs für Gemeindegassiere) als Referenten und Experten zur Verfügung.
- Obwohl die Nachfrage nach bestehenden und auch neuen Ausbildungskursen in beiden Amtssprachen gross ist, lassen die personellen Mittel des Inspektorates eine Erweiterung des Kursangebotes – trotz vermehrter Übertragung der Kursadministration und Organisation auf Dritte – nicht zu. Die Einführungskurse in das neue Finanzhaushaltsrecht müssen jedoch verstärkt und auf alle gemeinderechtlichen Körperschaften erweitert werden.

2.2.1.4 Beratung der Gemeindebehörden und -beamten

Nach wie vor ist die finanzielle Situation vieler Gemeinden angespannt. Diese Lage verlangt ausserordentlichen Einsatz aller mit der finanziellen Führung betrauten Stellen. Der Bürger ist gegenüber Finanzvorlagen kritischer geworden. Die Nachfrage nach Beratung in diesem Bereich nimmt entsprechend zu.

Der Massnahmenplan zur Sanierung des Staatshaushaltes, das Staatsbeitragsgesetz und das Finanzausgleichsgesetz haben kurzfristig Auswirkungen auf den Gemeindehaushalt. Die mittelfristige Planung bereitet den Gemeinden dadurch zunehmend Schwierigkeiten. Der Staat muss die Bedürfnisse der Gemeinden bei seiner Planung stärker berücksichtigen bzw. Gemeindevertreter in den Entscheidungsprozess miteinbeziehen.

Beratung und Mitwirkung bei Finanzierungsfragen, Tresoreriepolitik, Rechnungsabschlüssen, Voranschlag, Finanzplanung, Bilanzbereinigungen und Integration von Separatrechnungen, Überprüfung von grösseren Projekten bezüglich deren Tragbarkeit, Organisationsfragen und Abschreibungspolitik ist immer aktuell. Speziell einen grossen zusätzlichen Arbeitsaufwand erfordert die Betreuung bei der Einführung des NRM.

2.2.1.5 Weitere übertragene Aufgaben

2.2.1.5.1 Neugestaltung des Rechnungswesens in den bernischen Gemeinden

Anfang 1992 sind Gesetz und Verordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden (GFHG und VFHG) in Kraft getreten. Damit die neuen Vorschriften in der Praxis einheitlich und richtig angewendet werden können, wurde den Gemeinden ein Leitfaden zur Verfügung gestellt.

- trois cours d'instruction d'une demi-journée (all. et fr.) sur l'application du NMC ont été organisés à l'intention de tous les directeurs des écoles des arts et métiers et des écoles de commerce (en collaboration avec l'Office de la formation professionnelle); un cours d'une journée sur le droit applicable à la gestion financière et sur le NMC a été organisé à l'intention des corporations de dignes (en collaboration avec l'Office cantonal des ponts et chaussées);
- cours d'information sur la comptabilité et la gestion financière organisés à l'intention de délégations hongroises et tchèques;
- information des communes et corporations bourgeoises au sujet du NMC et du nouveau droit applicable en matière de gestion financière (en collaboration avec la Fédération des communes bourgeoises du canton de Berne et la Deposito-Cassa de Berne);
- 19 demi-journées de cours sur la planification financière offertes par le Groupe d'aménagement cantonal, en collaboration avec l'Inspection;
- perfectionnement des fonctionnaires communaux: l'Inspection met ses collaborateurs à disposition pour enseigner dans diverses branches et intervenir en qualité d'experts (cours de base et cours spécialisé destinés aux caissiers communaux).

La dotation de l'Inspection en personnel ne permet pas d'élargir l'offre de cours – bien que l'organisation et l'administration soient de plus en plus souvent confiées à des tiers – et de répondre ainsi à la forte demande portant sur la fréquentation des cours proposés et la mise sur pied d'autres cours dans les deux langues. Il convient cependant d'organiser davantage de cours d'introduction traitant du nouveau droit applicable en matière de gestion financière et de donner aux représentants de toutes les collectivités de droit communal la possibilité d'y participer.

2.2.1.4 Conseils aux membres d'autorités et fonctionnaires communaux

La situation financière de nombreuses communes reste précaire, ce qui exige des efforts considérables de la part de tous les services concernés par la gestion des finances. Les citoyens adoptent en effet une attitude plus critique à l'égard des nouveaux projets, et le nombre des demandes de conseil adressées à la Direction des affaires communales s'en trouve accru.

Le plan de mesures visant à rééquilibrer les finances de l'Etat de même que la loi sur les subventions cantonales et la loi sur la péréquation financière ont des répercussions à court terme sur les finances des communes, qui éprouvent des difficultés croissantes à établir une planification à moyen terme. Il importe que l'Etat prenne davantage en considération les besoins des communes, par exemple en invitant des représentants de ces dernières à participer au processus de décision en matière de planification.

Les conseils et la collaboration de l'Inspection restent fortement sollicités dans les domaines suivants: financement, trésorerie, clôture des comptes, budget, planification financière, mise au point de bilans et intégration de comptes tenus jusqu'alors de manière séparée, examens visant à déterminer si des projets d'une certaine importance sont financièrement supportables, organisation et amortissement. L'encadrement des collectivités qui introduisent le NMC représente quant à lui un surcroît de travail considérable.

2.2.1.5 Autres tâches confiées à l'Inspection

2.2.1.5.1 Nouveau modèle de compte pour les communes bernoises

La loi sur les finances des communes (LFCo) et l'ordonnance sur la gestion financière des communes (OGFCo) sont entrées en vigueur au début de 1992. Un document intitulé «Fil conducteur de la gestion financière des communes» a été élaboré à l'intention des communes afin de promouvoir une application unitaire et correcte des nouvelles dispositions.

Bis 1992 wurde das neue Rechnungsmodell bei den bernischen Gemeinden wie folgt auf freiwilliger Basis eingeführt:

Einwohnergemeinden und gemischte Gemeinden	265 (+ 54)
Gemeindeverbände	92 (+ 14)
Kirchgemeinden	51 (+ 18)
Bürgergemeinden	49 (+ 15)
Schwellengemeinden	4 (+ 1)
Total	461 (+102)

2.2.1.5.2 Finanzausgleich 2. und 3. Stufe

Das neue Finanzausgleichsgesetz wurde auf den 1. Januar 1992 in Kraft gesetzt. Für die Beurteilung der Zuschüsse der 2. (Ausgleich des Investitionsaufwandes) und der 3. Stufe (Ausgleich der Gesamtsteueranlage) ist die Gemeindedirektion zuständig.

Mit RRB Nr. 2704 vom 1. Juli 1992 wurde der Betrag für die Zuschüsse zum Ausgleich des Investitionsaufwandes und der Betrag für die Zuschüsse zum Ausgleich der Gesamtsteueranlage auf insgesamt 5 Mio. Franken festgesetzt.

Alle 64 Gemeinden, die einen Steuerkraft-Index von weniger als 70 und einen Steuerbelastungs-Index von mehr als 120 aufweisen, haben ein entsprechendes Gesuch für Zuschüsse eingereicht.

41 Gemeinden konnten Beiträge von insgesamt 5 Millionen Franken zugesprochen werden; 23 Gemeinden erfüllten die Voraussetzungen für Zuschüsse nicht.

An die Unwetterschäden 1991 im Raum Krattigen/Aeschi/Faulensee konnten Beiträge aus dem Sonderfonds von zusammen rund 35 000 Franken ausgerichtet werden.

2.2.1.5.3 Interkantonale Zusammenarbeit

Die Konferenz der kantonalen Aufsichtsstellen über die Gemeindefinanzen wurde in Zermatt unter der Leitung des Gemeindedirektors des Kantons Bern durchgeführt. Dieser Anlass bietet immer wieder Gelegenheit, im Rahmen von Vorträgen, Referaten und Fachgesprächen einen engen Erfahrungsaustausch über die Kantonsgrenzen hinaus zu pflegen.

2.2.2 Zusatzaufgaben

2.2.2.1 Weitere Dienstleistungen

Weitere Dienstleistungen können nur noch in beschränktem Rahmen gegen Entschädigung erbracht werden. Dazu gehören Arbeitsplatzbewertungen (in Zusammenarbeit mit dem Verband der Gemeindekassiere und Finanzverwalter des Kantons Bern) und Amtsübergaben.

Der Chefinspektor gehört als Vizepräsident dem Vorstand der Konferenz der Kantonalen Aufsichtsstellen über die Gemeindefinanzen an. Er ist im weiteren als Staatsvertreter in den Fachausschuss für die Weiterbildung der Gemeindekassiere und Finanzverwalter delegiert. Mitarbeiter des Inspektorates arbeiten im Ausschuss zur Ausarbeitung eines Ausbildungs- und Prüfungsprogrammes für Verwaltungslehrtöchter und -lehrlinge und in der Arbeitsgruppe «Strassenrechnung» der Baudirektion mit.

A fin 1992, le nouveau modèle de compte était introduit facultativement comme suit dans les collectivités de droit communal:

Communes municipales et communes mixtes	265 (+ 54)
Syndicats de communes	92 (+ 14)
Paroisses	51 (+ 18)
Communes bourgeoises	49 (+ 15)
Corporations de digues	4 (+ 1)
Total	461 (+102)

2.2.1.5.2 Péréquation financière du 2^e et du 3^e échelon

La nouvelle loi sur la péréquation financière est entrée en vigueur au 1^{er} janvier 1992. La Direction des affaires communales est compétente pour examiner les demandes d'octroi de prestations dans le cadre du 2^e échelon (péréquation des charges d'investissement) et du 3^e échelon (péréquation de la quotité générale de l'impôt).

Le montant des prestations pouvant être octroyées à titre de péréquation des charges d'investissement et de péréquation de la quotité générale de l'impôt a été fixé à un total de 5 millions de francs par l'ACE N° 2704 du 1^{er} juillet 1992.

Les 64 communes dont l'indice de capacité contributive est inférieur à 70 pour cent et dont la quotité générale d'impôt est supérieure à 120 pour cent ont présenté une demande tendant à l'octroi de prestations.

Des prestations d'un montant total de 5 millions de francs ont pu être versées à 41 communes, alors que les 23 autres ne remplissaient pas les conditions requises.

Des prestations spéciales d'un montant de quelque 35 000 francs ont pu être versées à charge du Fonds spécial aux communes victimes des intempéries, en 1991, dans la région de Krattigen/Aeschi/Faulensee.

2.2.1.5.3 Collaboration intercantonale

La Conférence des autorités cantonales de surveillance des finances communales a eu lieu à Zermatt sous les auspices de la Direction des affaires communales. Les exposés et colloques qui ont lieu lors de telles rencontres favorisent l'échange d'expériences et le maintien de contacts étroits par-delà les frontières cantonales.

2.2.2 Tâches complémentaires

2.2.2.1 Autres prestations de services

L'Inspection ne peut accepter d'accomplir des tâches complémentaires que dans une mesure restreinte et moyennant rétribution. Elle collabore notamment avec l'Association des caissiers et administrateurs de finances communaux du canton de Berne dans le domaine de l'évaluation des postes de travail et en cas de remise des pouvoirs.

L'inspecteur en chef occupe le poste de vice-président de la commission de la Conférence des autorités cantonales de surveillance des finances communales; il représente également l'Etat au comité d'experts constitué pour le perfectionnement des caissiers et administrateurs des finances communaux.

Des collaborateurs de l'Inspection font partie du Comité chargé de concevoir un programme de formation et d'examen destiné aux apprenties et apprentis dans la branche de l'administration ainsi que du Groupe de travail s'occupant du compte routier de la Direction des travaux publics.

3. **Dritter Teil: Parlamentarische Vorlagen und wichtige Verordnungen**

Auf den 1. Januar 1992 wurden in Kraft gesetzt:

- Gesetz vom 13. Dezember 1990 über den Finanzhaushalt der Gemeinden
- Verordnung vom 3. Juli 1991 über den Finanzhaushalt der Gemeinden.

Die zur Prüfung der Frage der Zusammenarbeit in den Agglomerationen und zur Erarbeitung einer entsprechenden Teilrevision des Gemeindegesetzes eingesetzte Arbeitsgruppe (Vollzug Motion und Postulat Muster) schloss ihre Arbeit mit einem Bericht auf Ende Jahr ab.

Die Vorarbeiten zur Änderung des Gemeindegesetzes bezüglich Vereinfachung der Vereidigung von Behördemitgliedern und Beamten gemeinderechtlicher Körperschaften (Vollzug Postulat Houriet/Interpellation Graf) wurden im Berichtsjahr nicht weiter geführt. Es wurde eine Fristverlängerung beantragt mit der Begründung, dass die neue Staatsverfassung, welche auf den 1. Januar 1995 in Kraft treten soll, keine Bestimmungen mehr über die Vereidigung enthalten wird und, dass der Vollzug sinnvollerweise im Rahmen des Gesetzgebungsprogrammes zur neuen Staatsverfassung erfolgen sollte.

4. **Vierter Teil: Parlamentarische Vorstösse (Motionen und Postulate)**

4.1 **Abschreibungen von Motionen und Postulaten**

4.1.1 *Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate*

Keine.

4.1.2 *Ausserordentliche Abschreibung*

Keine.

4.2 **Überwiesene aber noch nicht vollzogene Motionen und Postulate**

4.2.1 *Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist*

Motion Seiler vom 9. Dezember 1991 betreffend Stellvertretung von Delegierten an Abgeordnetenversammlungen von Gemeindeverbänden.

4.2.2 *Motionen und Postulate mit Fristerstreckung*

Postulat Houriet vom 17. November 1988 betreffend Vereinfachung der Vereidigung von Behördemitgliedern und Beamten gemeinderechtlicher Körperschaften.

4.2.3 *Motionen und Postulate deren Fristerstreckung abgelaufen ist*

Motion Muster vom 10. Februar 1988 betreffend Revision Gemeindegesetz (Regionen).

Postulat Muster vom 10. Februar 1988 betreffend Zusammenarbeit in den Agglomerationen.

Bern, 13. Januar 1993

Der Gemeindedirektor: *Annoni*

Vom Regierungsrat genehmigt am 10. März 1993

3. **Troisième partie: Textes législatifs soumis au Parlement et ordonnances importantes**

Sont entrées en vigueur au 1^{er} janvier 1992:

- la loi du 13 décembre 1990 sur les finances des communes;
- l'ordonnance du 3 juillet 1991 sur la gestion financière des communes.

Le groupe de travail institué pour examiner la question de la collaboration dans les agglomérations et élaborer à ce propos une révision partielle de la loi sur les communes (réalisation de la motion Muster adoptée sous forme de postulat) a rendu son rapport final en décembre 1992.

Les travaux préparatoires concernant la modification de la loi sur les communes en vue de simplifier l'assermentation de membres d'autorités et de fonctionnaires des collectivités de droit communal (réalisation du postulat Houriet et de l'interpellation Graf) ont été suspendus. Une demande de prolongation de délai a été formulée au motif que la nouvelle Constitution devant entrer en vigueur au 1^{er} janvier 1995 ne contiendra plus de disposition sur la prestation de serment et qu'il est préférable de réaliser les deux interventions dans le cadre du programme de législation qui sera établi sous l'empire de la nouvelle Constitution.

4. **Quatrième partie: Interventions parlementaires (motions et postulats)**

4.1 **Motions et postulats classés**

4.1.1 *Classement de motions et postulats réalisés*

Aucun.

4.1.2 *Classement extraordinaire*

Aucun.

4.2 **Motions et postulats adoptés et encore en suspens**

4.2.1 *Motions et postulats dont le délai de deux ans n'a pas encore expiré*

Motion Seiler du 9 décembre 1991 concernant la suppléance des délégués des syndicats de communes.

4.2.2 *Motions et postulats au bénéfice d'une prolongation de délai*

Postulat Houriet du 17 novembre 1988 demandant une simplification des assermentations de membres d'autorités et de fonctionnaires de collectivités de droit communal.

4.2.3 *Motions et postulats dont le délai de réalisation est échu*

Motion Muster du 10 février 1988 concernant la révision partielle de la loi sur les communes (régions).

Postulat Muster du 10 février 1988 concernant la collaboration dans les agglomérations.

Berne, le 13 janvier 1993

Le directeur des affaires communales: *Annoni*

Approuvé par le Conseil-exécutif le 10 mars 1993